

LANDESPOLITIK

Filz-Verdacht: Grüne fordern Aufklärung im Parlament

Montag, 1. Februar 2010 02:19 - Von Gilbert Schomaker

Der Druck auf einen SPD-Politiker wegen umstrittener Bauaufträge nimmt zu. Die Grünen forderten gestern erneut die Auftragsvergabe der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft Howoge an den stellvertretenden Vorsitzenden des Bauausschusses, den Ingenieur Ralf Hillenberg, aufzuklären.

Das Thema soll nun auf der nächsten Sitzung im Hauptausschuss erörtert werden.

Bei den Aufträgen handelt es sich um die Sanierung und Modernisierung von 650 Wohnungen der Howoge in Buch. Wie vergangene Woche bekannt geworden war, hatte das Ingenieurbüro des SPD-Abgeordneten Ralf Hillenberg den Zuschlag erhalten. Durch die Modernisierung des Plattenbaus steigen die Mieten deutlich an. Die Umlagen sollen zwischen 3,75 Euro und 4,62 Euro pro Quadratmeter liegen. 140 Mieter sollen ihre Wohnungen daraufhin schon gekündigt haben.

Während Hillenberg betont, dass alles rechtens abgelaufen ist, fragen die Grünen nun nach möglichen Bevorzugungen. Jochen Esser, finanzpolitischer Sprecher, und Andreas Otto, bau- und wohnungspolitischer Sprecher, ließen per gemeinsamer Presseerklärung verlauten: "Berichten zufolge hat die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft den Auftrag zur Sanierung der ersten 650 Wohnungen in Buch freihändig vergeben. Also ohne Ausschreibung. Möglicherweise ist das einer der kostentreibenden Faktoren." Nach Meinung der Grünen-Politiker erscheint die Umlage zu hoch. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus fordert die rückhaltlose Aufklärung der Vergabepaxis der Howoge. "Deshalb beantragen wir eine dringende Behandlung des Vorganges um die Howoge im Hauptausschuss des Parlamentes", so Esser und Otto. Ein öffentliches Unternehmen wie die Howoge müsse Großaufträge öffentlich ausschreiben. "Das gebietet schon der verantwortliche Umgang mit Vermögen der Allgemeinheit", erklärten die Politiker.

Der Senat müsse dem Abgeordnetenhaus erklären, aus welchem Grunde der Auftrag freihändig vergeben worden sein soll, damit nicht der Verdacht des Filzes aufkomme. "Es gibt erhebliche Zweifel, ob diese Praxis mit den Vergabevorschriften vereinbar ist", so die Grünen.

WEITERE ARTIKEL AUS BERLIN

- **Info:** Selbstverteidigungstraining für Polizisten
- **Demonstration:** Ermittlungen gegen Berliner Politiker
- **Polizei:** Schüsse vor U-Bahn-Station in Kreuzberg
- **Service:** Berliner Verkehrsmelder